

MdB Dr. Peter Ramsauer beantwortete viele Fragen

Lebendige Veranstaltung der Senioren-Union im Bürgerbräu war gut besucht

Bad Reichenhall -oo- „Stürzt uns die SPD in den Ruin – sind unsere Sozialleistungen noch bezahlbar?“ Diese Fragen hatte der Kreisverband Berchtesgadener Land der Senioren-Union über eine Informations- und Diskussions-Veranstaltung mit dem heimischen Wahlkreis-Abgeordneten und Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Ramsauer, gestellt und war damit auf große Resonanz gestoßen: Kreisvorsitzender Heinz Dippel freute sich, dass trotz herrlichem Spätsommerwetter der Veranstaltungssaal im Brauerei-Gasthof Bürgerbräu zu vormittäglicher Stunde dicht besetzt war, als er Ramsauer als „einen unserer besten Politiker in Deutschland“ begrüßte. Unter den Besuchern waren neben CSU-Kreisvorsitzender MdL Michaela Kaniber auch Ex-MdL Franz Werkstetter, der frühere Landrat Martin Seidl und eine Reihe von Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten.

Die Fragestellung der Senioren-Union in ihrer Einladung zu dieser Veranstaltung sei vielleicht etwas überspitzt formuliert, drücke jedoch aus, was viele Mitbürger derzeit bewegt, meinte Ramsauer einleitend. Trotz nur rund 25 Prozent erreichten Wählerstimmen gegenüber gut 40 Prozent der Union habe die SPD bislang im Bund bereits viele ihrer Anliegen verwirklicht. Jetzt komme es in der Tat darauf an, dass Deutschland die Grundlage seines Erfolges, das solide Wirtschaften, nicht leichtfertig aufs Spiel setzt. Dank guter Arbeit auch der vorhergehenden Großen Koalition sei unser Land derzeit noch Spitze in Europa, das müsse man erhalten. Weichenstellungen wie die Rente mit 63 erschienen vielen bedenklich, weil das „nicht rückholbare Entscheidungen sind, die die Zukunft dauerhaft belasten.“

Die Union habe bei den Koalitionsverhandlungen den Ausschluss von Steuererhöhungen durchgesetzt, erinnerte Ramsauer. Dabei müsse es auch bleiben. Schon die immer noch nicht beseitigte „Kalte Progression“, die zu automatisch höherem Steuersatz auch bei nicht steigender Kaufkraft des Steuerzahlers führe, sei für viele ein Ärgernis. Auch viele Führungskräfte in der Wirtschaft und Selbständige fühlten sich in jüngerer Zeit „bei der Union nicht mehr gut aufgehoben“ und sähen in Sachen Steuererleichterung und Bürokratieabbau seit langem unerledigten Handlungsbedarf. Besonders auch Mittel- und Kleinverdiener erwarteten mit Recht die Beseitigung der Kalten Progression. Mit der in jüngsten Landtagswahlen erfolgreichen AfD sei eine neue politische Kraft ins Rampenlicht getreten. Es wäre wenig zielführend, sie zu verteufeln, zumal die F.D.P. als Koalitionspartner für die Unionsparteien nicht mehr zur Verfügung stehe. Wenn sie schon Koalition-Sondierungsgespräche mit den Grünen gutheiße, sollte man auch die Option mit der AfD nicht von vornherein ausschließen. Aufs Thema „PKW-Maut für Ausländer“ angesprochen, erklärte Ramsauer, er lehne bereits seit Jahresbeginn Interviews zu diesem Thema ab. Die derzeit diskutierten Pläne seien weit entfernt von dem, was man ursprünglich wollte: Eine Maut nach österreichischem Muster.

Im Rahmen einer lebendigen Diskussion von den Teilnehmern wiederholt auf das Thema „Maut“ angesprochen, berichtete Ramsauer, dass er noch im November 2013 mit der Europäischen Union eine Vignetten-Lösung ähnlich der österreichischen besprochen und deren Einverständnis damit gefunden hatte unter der Maßgabe, dass Deutschland seine KFZ-Steuererinnahmen insgesamt um den Betrag senken dürfe, den die Inländer insgesamt dann als Maut bezahlen. Das hätte nur

jeweils das Gesamtaufkommen betroffen, die Steuersenkung für den einzelnen Autobesitzer hätte unterschiedlich ausfallen können. „Eine direkte Verrechnung der gezahlten Maut mit der zu zahlenden KFZ-Steuer wollte die EU nicht zulassen“, erläuterte der ehemalige Bundesverkehrsminister. Sowohl bei der Maut als auch bei der KFZ-Steuer liege die Federführung beim Bundesfinanzministerium.

Weitere Diskussionsteilnehmer drückten ihre Sorgen um die Geldwertstabilität und die Ankäufe von „Schrottpapieren“ durch die Europäische Zentralbank aus, die andererseits noch die Zinsen künstlich nahe Null halte. Diese Niedrigzinsen gefährdeten das Ansparen einer vernünftigen Altersversorgung, räumte Ramsauer ein. Sie begünstigten andererseits so manche Investition, etwa in Wohneigentum. Noch eine ganze Reihe weiterer Anregungen gaben die Diskussionsteilnehmer ihrem Wahlkreis-Abgeordneten im Bundestag mit.

CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Michaela Kaniber sprach in ihrem Grußwort die so stark gestiegene Zahl von Asylbewerbern an. Diese Massen seien kaum mehr zu bewältigen. Es sei unsere selbstverständliche und christliche Aufgabe, denen zu helfen, die Schutz und Sicherheit bei uns suchen. Es sei aber nicht in Ordnung, „wenn Deutschland die Hauptlast tragen muss, während sich andere Länder drücken.“ Italien lasse die Asylbewerber einfach nach Bayern weiterreisen und erspare sich so die Durchführung von Asylverfahren, zu denen es verpflichtet sei und von der EU auch Mittel bekomme. Dem müsse Einhalt geboten werden, notfalls auch mit temporären Grenzkontrollen. Der Freistaat Bayern habe für die nächsten zwei Jahre immerhin 900 Millionen Euro für die ankommenden Asylbewerber bereitgestellt. Diese Hilfen müssten sich aber klar auf die konzentriert werden, denen wirklich Asylgewährung zusteht.



von links nach rechts: Kreisvorsitzender Heinz Dippel, Bundestagsabgeordneter Dr. Peter Ramsauer und CSU-Kreisvorsitzende MdL Michaela Kaniber